

## **Antrag**

an die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

### **Der Industrie muss eine Perspektive gegeben werden**

Der Produktionssektor steht gleich in mehrfacher Weise vor zahlreichen Herausforderungen hinsichtlich Lieferketten, Rohstoffe, Energiepreise, ökologischer und digitaler Transformation. Nicht nur die Sachgütererzeugung insgesamt und der Energiesektor sind gefordert, ressourcenschonend sowie energie- und ausstoßarm zu produzieren, sondern die Produktpalette selbst wird sich ändern und neue Technologien müssen entwickelt werden.

Investitionen stärken den Standort und haben große Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte. Auch in Tirol müssen Perspektiven für die Industrie geschaffen werden, um den dringend notwendigen Branchenmix stetig auszubauen bzw. zu verbessern. Zudem sind gut bezahlte Industriebjobs für eine gute Standortpolitik im Bundesland Tirol wesentlich.

### **Die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter:innen und Angestellte in Tirol fordert von der Bundesregierung daher:**

- Zur Stärkung der industriellen Basis Österreichs muss eine stringente Industriestrategie mit den Sozialpartnern erarbeitet werden und Herausforderungen wie Digitalisierung und Dekarbonisierung adressieren. Dabei muss der Schwerpunkt auf gute Arbeit sowie gute Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung sowie auf die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und betriebliche Weiterbildung gelegt werden.
- Dringend notwendig ist eine Investitionsoffensive, die an soziale Kriterien und Standort- und Beschäftigungsgarantien geknüpft ist. Der Bedarf an privaten und öffentlichen Investitionen für die Industrie (ohne Energie), die zusätzlich zu den bereits reservierten Mitteln zu veranschlagen ist, wird vom Umweltbundesamt vorerst auf insgesamt mindestens 8,5 Mrd. Euro bis zum Jahr 2030 geschätzt!
- Belegschaft und Belegschaftsvertretungen sind in Veränderungsprozesse aktiv einzubeziehen.
- Um Standortschließungen entgegenzuwirken ist ein staatlicher Beteiligungsfonds für systemrelevante Betriebe zu schaffen, der für entsprechende Absicherung der Arbeitnehmer:innen sorgt.